

Bern, 2. Dezember 2013

Medienmitteilung

Unsozial ist nicht das KAP, sondern die unheilige Allianz von SP und SVP

Die Komplizen für mehr Steuern und weniger Jobs

Heute haben die „Wirtschaftspartei“ SVP und die „Sozialpartei“ SP zusammen mit den Grünen ganze Arbeit geleistet: Gemeinsam versenkten die Komplizen das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP), welches das Parlament notabene selber gefordert hatte. Mit der Rückstellung des – zusammen mit der Schuldenbremse – zentralen Instruments, gefährden SVP, SP und Grüne die finanzielle Stabilität unserer Bundesfinanzen. Die FDP wird sich auch in Zukunft gegen solche Extremforderungen und für einen gesunden Staatshaushalt stark machen.

Nicht das KAP und die damit verbundenen Sparmassnahmen sind „unsozial“, wie die SP das heute dargestellt hat. Unsozial ist es, mit dem Feuer zu spielen und mit unrealistischen Forderungen bei der Unternehmenssteuerreform III den Wegzug von Firmen und damit dem Verlust von Arbeitsplätzen in Kauf zu nehmen. Auch die Einführung einer neuen Beteiligungsgewinnsteuer für Aktionäre ist eine Träumerei und trifft den einzelnen Bürger statt den Staat. Und die SVP hat mit ihrer Komplizenschaft Hand für solche Begehrlichkeiten geboten.

Finanzieller Spielraum bei Bundesfinanzen zwingend

Das KAP stellt eine wichtige, aber allein ungenügende Massnahme für gesunde Staatsfinanzen dar. Wie die FDP bereits mehrmals betonte: Erst die Kombination aufeinander abgestimmter Massnahmen erlaubt die finanzielle Situation des Bundeshaushaltes unter Kontrolle zu halten. Die Einhaltung der Schuldenbremse sowie die Schaffung von finanziellem Spielraum für zukünftige Bedürfnisse und Investitionen sind ebenso wichtig.

FDP als Garantin von stabilen Staatsfinanzen

Aus den diametral entgegengesetzten Anträgen zur Rückweisung des KAP konnten keine mehrheitsfähigen Lösungen entstehen. Damit hat das Parlament seinen eigenen Auftrag an den Bundesrat torpediert. Die FDP als Hüterin effizienter und stabiler Staatsfinanzen bedauert den heutigen Entscheid sehr. Sie wird sich weiterhin für ein nachhaltiges Bundesbudget einsetzen – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakt:

• Albert Vitalli, Nationalrat, 079 340 74 65

- Petra Gössi, Nationalrätin, 079 347 88 71
- Daniela Schneeberger, Nationalrätin, 079 233 84 80
- Olivier Feller, Nationalrat, 079 658 31 92
- Pia Guggenbühl, Kommunikationschefin, 079 566 60 10
- Aurélie Haenni, Pressesprecherin Westschweiz, 079 315 78 48